

Antworten der AfD Berlin

1. Welche konkreten Maßnahmen werden Sie kurz- und mittelfristig umsetzen, um die Nutzung des städtischen Raums klima- und ressourcenschonender und sozial gerechter zu machen?

Die AfD sieht die Sicherung des Stadtgrüns, unserer Parks, Kleingärten und Wälder als ein vordringlichste Ziel, um eine lebenswerte und naturverbundene Stadt zu sichern und zu erhalten. Sozial gerecht ist, dabei die Ressourcen sparsam und die finanziellen Mittel gezielt einzusetzen für konkrete Verbesserungen vor Ort. Künftig muss beispielsweise gelten: Jeder in Berlin gefällte Baum wird nachgepflanzt. Der Flächenverbrauch soll reduziert und naturnahe Flächen müssen bewahrt werden. Artenvielfalt und der Tierschutz sind weitere wichtige Arbeitsfelder, auf denen wir Verbesserungen durchsetzen werden. Der Vermüllung, Graffitischmierereien und der Verwahrlosung in Parks, Grünanlagen und öffentlichen Bereichen werden wir konsequent entgegenwirken, auch das gehört zu einem lebens- und liebenswerten öffentlichen Raum in einer Metropole wie Berlin.

2. Werden Sie dafür sorgen, da ungenutzte gewerbliche Gebäude und Büros zu Wohnraum umgenutzt oder als soziale Infrastruktur bzw. für gemeinwohlorientierte Nutzungen aktiviert werden? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen? Wenn nein, warum nicht?

Die AfD sieht die Möglichkeiten der Umnutzung von Bürogebäuden oder anderen gewerblichen Gebäuden differenziert. Je nach Lage, baulichen Gegebenheiten und gewerblichem Bedarf sind die einzelnen in Frage kommenden Standorte kann dies in Frage kommen oder auch nicht. Wenn eine Umwandlung in Wohnraum in Frage kommt, sollten möglichst geringe bürokratischen und rechtliche Hürden bestehen um auch tatsächlich umzunutzen. Das löst aber das Wohnungsproblem insgesamt nicht, da das Volumen an verfügbaren und geeigneten Gebäuden zu klein ist.

3. Werden Sie dafür sorgen, da Erhalt und Bestandsertüchtigung eines Gebäudes immer die erste Wahl sein wird, ausnahmslos bewertet und transparent gegen die Variante Abriß plus Neubau abgewogen wird und daß außerdem die Kosten sowie Öko- und Rohstoffbilanz eines Abrisses in die Gesamtbilanz einbezogen werden?

Wie ist diesbezüglich Ihre Haltung zu Jahnstadion und Sport- und Erholungszentrum (SEZ)?

Erhalt und Bestandsertüchtigung von Gebäuden ist der Vorzug zu geben, wenn diese sich dafür auch eignen. Dies ist vor Baubeginn bzw. vor einem möglichen Abriss zu bewerten.

Jedoch ist beispielsweise im Fall des Jahnstadions und auch beim SEZ festzustellen, dass diese Baulichkeiten aus mehreren Gründen leider nicht geeignet sind um sie zu revitalisieren. Aufgrund von jahrzehntelangem Verfall und schweren Instandhaltungsmängeln sind diese Baulichkeiten wirtschaftliche Totalschäden, ein Erhalt und eine Wiederaufnahme der ehemaligen Nutzung würde Kosten verursachen, die weit über vergleichbaren Neubaukosten liegen, zudem hätte man auf Grund von baulichen Gegebenheiten im Bestand keine Chance, die Gebäude modern, also beispielsweise barrierefrei und als inklusive Sportstätten wiederzueröffnen. Daher bleibt, wenn man solche Sportstätten wieder nutzen will, realistisch betrachtet hier leider nur der Weg des Abrisses und des Neubaus.

4. Wie werden Sie dafür sorgen, daß im geförderten Wohnungsbau die Sozialbindung nicht mehr ausläuft? Wenn nicht, warum nicht?

Wir schlagen vor, die bisherige Objektförderung durch eine Subjektförderung zu ersetzen. Das spart viel Geld; und so kann die Sozialbindung so lange erhalten werden, so lange es notwendig ist. Ziel ist, dass die Haushalte ausreichend eigenes Einkommen haben, um die eigene Wohnung aus eigenem Einkommen finanzieren zu können. Wenn das im Einzelfall nicht möglich ist, wegen Krankheit, Behinderung, Gebrechlichkeit oder vorübergehender Arbeitslosigkeit, ist die Subjektförderung sozial gerechter und gleichzeitig kostengünstiger für den Steuerzahler als die Objektförderung, zumal bei Objektförderung die Sozialbindung zeitlich begrenzt ist.

5. Mit welchen konkreten Maßnahmen werden Sie die Wohnraumversorgung für Haushalte mit geringen und mittleren Einkommen gerechter gestalten? Welche Maßnahmen werden Sie kurzfristig umsetzen?

Siehe Punkt 4., Subjektförderung statt Objektförderung. Weiterhin muss auch mehr neu gebaut werden, und zwar schneller als bisher, kostengünstiger und auch kosten- und flächensparender.

6. Werden Sie das BäumePlus-Gesetz (Klimaanpassungsgesetz) umsetzen
Wie sehen Sie die inhaltliche und zeitliche Abfolge bei der Umsetzung vor?
Wieviel Geld werden Sie dafür im Haushalt einstellen?

Die AfD hat das Grundprinzip des „Bäume-Plus-Gesetzes“ stets befürwortet, sieht aber auch die Kostenfrage und die Frage, ob mehr Bürokratie und neue Gremien das Stadtklima verbessern können oder eher neue, zusätzliche Baumpflanzungen an geeigneten Stellen. Was kurzfristig erfolgen muss: es müssen deutlich mehr Bäume in der Stadt neu gepflanzt werden als durch Baumschäden, Fällung und Rodung verlorengehen. Hier konnten bisher alle Ankündigungen des Senats nicht überzeugen, denn die Zahl der Stadtbäume im Bestand stagnierte und sank sogar ab. Dieser Trend muss umgekehrt werden, denn Stadtbäume sind der beste Schutz vor schlechter Luft, Hitze und Staub. Stadtbäume sind, neben Parks, Freiflächen, Kleingärten und stadtnahen Wäldern, die entscheidenden grünen Lungen in einer Metropole wie Berlin.

7. Wie werden Sie sicherstellen, daß Freiflächen-, Natur- und Artenschutzbelange als zu erhaltender Ausgangspunkt von Planungen gelten und das Fällen von gesunden Bäumen unterbleibt? Wenn nicht, mit welcher Begründung?

Wir werden bestehende gesetzliche Vorgaben umsetzen, zügig und zielorientiert. Das Fällen von gesunden Stadtbäumen ist unzulässig, es sei denn diese Fällung ist unvermeidbar, dann ist aber zeitgleich durch Neupflanzung Ersatz zu schaffen.

8. Werden Sie dafür sorgen, daß jeder ggfs. dennoch gefälltte Baum durch Nachpflanzung in der nahen Umgebung adäquat ersetzt wird? In welcher Entfernung? Was sehen Sie als adäquate Kompensationspflanzung an? Wenn nicht, warum nicht?

Siehe Antwort zu 7., konsequente Einhaltung der bestehenden Gesetze. Insbesondere die Bezirke und der Senat haben hier eine Vorbildfunktion, und dürfen nicht gesetzlich vorgeschriebene Ersatzpflanzungen auf die lange Bank schieben oder verschleppen, wie es in der Praxis leider öfters geschieht.

9. Wie werden Sie sicherstellen, daß der Artenschutz im Siedlungsgebiet, z. B. auch bei Bauvorhaben, gewährleistet wird? Werden Sie sich beispielsweise dafür einsetzen, den Artenschutz bei Bauvorhaben durch verpflichtende unabhängige Gutachten und Kontrollen sicherzustellen? Wenn nein, warum nicht?

Wir können in der Anordnung weiterer Gutachten bei Bauvorhaben keinen unmittelbaren Mehrwert erkennen. Vielmehr ist dann mit weiteren Verzögerungen und Kostensteigerungen zu rechnen. Die Gesetzeslage ist klar, der Artenschutz bei Bauvorhaben ist selbstverständlich sicherzustellen, aber dies in einem zeitlich verantwortbaren Rahmen und mit guter Planung bereits im Vorfeld des Baus. Weitere Ausführungen hierzu siehe Frage 10.

10. Wie stehen Sie zu der Nachrangigkeit des Artenschutzes in den neuen Beschleunigungsgesetzen (Schneller-Bauen-Gesetz und Wohnungsbau-Turbo)?

Für die AfD hat der Artenschutz eine hohe Bedeutung und ist selbstverständlich nach den geltenden Gesetzen zu gewährleisten. Das darf aber bei Bauprojekten nicht dazu führen, dass diese jahrelang verzögert oder gar blockiert werden, sondern es muss durch zügige, aber auch umweltgerechte Planung sichergestellt werden, dass Artenschutz gleichberechtigt seinen Platz hat, neben notwendiger Bautätigkeit, ohne die ein Metropole wie Berlin sich nicht weiterentwickeln kann. Hier gibt es zahlreiche Möglichkeiten, die wir nutzen werden, und die weder viel Zeit noch viel Geld kosten müssen. Dach- oder Fassadenbegrünung, Möglichkeiten für Gebäudebrüter, Rückzugsräume für Fauna und Artenvielfalt auch in der Großstadt sind keine Zumutung, sondern notwendiger Bestandteil einer guten Stadtentwicklung und einer lebenswerten Stadt.

11. Grün- und Freiflächen sind angesichts der absehbar fortschreitenden Erderhitzung von besonderer Notwendigkeit für den Wasserhaushalt und zur Kühlung. Welchen Rang hat für Sie in dieser Hinsicht die Sicherung von unversiegelten Freiflächen in Relation zu Neubau (ggfs. für unterschiedliche Zwecke)?

Für die AfD hat der Schutz und der Erhalt von Grün- und Freiflächen hohe Bedeutung, gerade in einer Metropole mit bereits vorhandener dichter Bebauung und damit hohem Siedlungsdruck. Jedes Neubauvorhaben muss dies berücksichtigen. Wenn im urbanen Bereich neu gebaut wird, ist die Bebauung von Baulücken und Neubebauung bereits früher bebauter, brachgefallener Flächen einer Neuversiegelung von bisherigen Grünflächen oder klimatisch bedeutsamen Freiflächen eindeutig der Vorrang zu geben.

12. In Berlin besteht ein Defizit an wohnungsnahen Grünanlagen, Sport- und Spielplatzflächen. So gibt es nur 0.59 m² Spielfläche je Einwohnenden. Das Soll liegt laut Berliner Kinderspielplatzgesetz jedoch bei 1 m². Auch bei Sportflächen und öffentlichen Grünanlagen besteht quantitativ Unterversorgung.

Werden Sie insofern dafür sorgen, daß bei Neubauvorhaben in bestehenden Wohnanlagen Grünflächen und Spielplätze in vollem Umfang erhalten bleiben und die zusätzlich entstehenden Bedarfe gedeckt werden?

Welche konkreten Maßnahmen sehen Sie vor, um dem Soll an Sportflächen und wohnungsnahen öffentlichen Grünanlagen quantitativ näher zu kommen, bestenfalls es zu erreichen?

Wir werden bei Neubauvorhaben im Bestand mit Freiflächendefiziten darauf hinwirken, dass dieses Defizit verringert wird, dass siedlungs- wie wohnungsnahes Grün stets mitgeplant und auch zeitnah realisiert wird.

13. Wie werden die Befunde der Integrierten Mehrfachbelastungskarte – Berliner Umweltgerechtigkeitskarte nach Ihrer Vorstellung in der raumbezogenen Planung und ihrer Umsetzung konkret wirksam?

<https://www.berlin.de/umweltatlas/mensch/umweltgerechtigkeit/2024/karten/artikel.1583963.php>

Wir werden bei allen Planungsprozessen mit Raumbezug darauf dringen, dass Defizite, wie sie im Berliner Umweltatlas dargestellt sind, stets mindestens verringert, idealerweise auch ganz abgebaut werden (Verbesserungsgebot). Wenn im Einzelfall eine vollständige Konfliktbewältigung auf Grund objektiver Gegebenheiten nicht möglich ist, müssen in räumlicher Nähe entsprechende Kompensationsmaßnahmen (Ersatzmaßnahmen) erfolgen, um die Gesamtsituation zu verbessern (vgl. auch Antwort zu Frage 12.)

14. Berlin ist eine große Stadt. Die Bezirke unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht. Die jeweiligen Gegebenheiten und Bedarfe sind vor Ort am besten bekannt. Gleichzeitig neigt der Senat dazu, immer mehr Entscheidungen an sich zu ziehen, die Bezirke zu entmachten und dabei die lokalen Gegebenheiten zu ignorieren - insbesondere bei der raumbezogenen Planung z. B. bei Neubau, Nachverdichtung.

Wie werden Sie dafür sorgen, daß die Entscheidungsbefugnisse bei den Bezirken bleiben bzw. neu zurückgegeben werden? Wenn nicht, warum nicht?

Die AfD steht für eine konsequente Anwendung des Grundsatzes, dass alles, was lokal, auf Bezirksebene entschieden werden kann, auch dort entschieden wird, ohne Einmischung von oben. Bei überbezirklichen Planungen sollten die jeweils betroffenen Bezirke stets und umfassend beteiligt werden, um lokale Gegebenheiten optimal berücksichtigen zu können.

15. Wie bewerten Sie die Änderungen am Berliner Informationsfreiheitsgesetz (IFG), die im April 2026 vorgenommen wurden? Werden Sie die Änderungen zurücknehmen? Werden Sie, wie ursprünglich geplant, ein Transparenzgesetz einführen? Wenn nicht, warum nicht?

Wir haben dieses Gesetz abgelehnt, da es nichts verbessert, aber massive Verschlechterungen für Informationen aus den Bereichen Energie, Verkehr, Gesundheit und Ernährung beinhaltet, da die Erteilung solche Informationen pauschal abgelehnt werden kann. Wenn die AfD nach der Wahl dazu die Möglichkeit hat, wird sie diese Änderungen zurücknehmen, denn Transparenz von Verwaltungshandeln ist ein hohes, schützenswertes Gut.

16. Wie werden Sie sich für Transparenz und ergebnisoffene Mitbestimmung und Mitentscheidung auf Augenhöhe durch die Zivilgesellschaft in Planungsverfahren einsetzen Wenn nicht, warum nicht?

Ja, die AfD setzt sich seit ihrer Gründung für mehr Transparenz in der öffentlichen Verwaltung und für mehr direkte Demokratie ein. Wir wollen mehr Möglichkeiten zu Volksabstimmungen und Volksentscheiden nach Schweizer Vorbild schaffen und Quoren absenken. Das Volk ist in einer Demokratie der oberste Souverän, und das Volk muss daher nach unserer Auffassung mehr Möglichkeiten zur aktiven Mitwirkung bekommen als nur alle 5 Jahre an der Abgeordnetenwahl teilzunehmen.